

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechender Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhebt die auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Bezugspreis bei



Einzelheftpreis 20. für die 6 getragene Korpuszelle oder deren Raum, Restamen, die 2 spaltige Korpuszelle 20. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von

Erscheint seit dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 33.

Dienstag / Mittwoch 20. / 21. März 1923.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 1. März 1923 ab sind die Werte der Natural- und Sachbezüge und der Deputate für die Berechnung des Steuerabzuges vom Landesfinanzamt Dresden neu festgesetzt worden. Die Veröffentlichung dieser neuen Sätze ist in der Sächsischen Staatszeitung vom 7. März 1923 erfolgt.

Uebersendete dieser Bekanntmachung sind den Stadträten und Gemeindebehörden von hier zur Auskunftserteilung übermittelt worden. Außerdem sind solche Uebersendete zum Preise von 25 Mark für das Stück beim Finanzamt erhältlich. (593 A I)

Rossen, am 16. März 1923.

101

Das Finanzamt.

Auf die Bekanntmachung des Landesfinanzamtes Dresden in Nr. 56 der Sächsischen Staatszeitung vom 7. März 1923 über die Bewertung der Natural- und Sachbezüge und der Deputate wird hingewiesen. Diese Ortspreise haben auch für die Zwecke der Arbeiter- und der Angestelltenversicherung in den Bezirken der unterzeichneten Versicherungskämter mit Wirkung vom 1. März 1923 ab Geltung. Das Verzeichnis der neuen Ortspreise kann auch bei den Versicherungskämtern und den allgemeinen Ortskrankenkassen eingesehen werden.

Ferner wird bekannt gegeben, daß die Oberverwaltungsämter die in Nr. 255 der Sächsischen Staatszeitung vom 30. Oktober 1922 veröffentlichten Ortslöhne mit Wirkung vom 5. März 1923 an auf den sechsfachen Betrag und den in derselben Nummer der Staatszeitung bekanntgegebenen durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst sowohl der landwirtschaftlichen als auch der forstwirtschaftlichen Arbeiter mit Wirkung vom 5. März 1923 an auf den achtfachen Betrag erhöht haben.

Meißen, Bommasth, Rossen, Wilsdruff, am 15. März 1923.

Die Versicherungskämter der Amtshauptmannschaft Meißen und der Städte Meißen, Rossen, Bommasth und Wilsdruff.

Preis schilder betr.

Das Wirtschaftsministerium hat in der Sächsischen Staatszeitung vom 9. d. Mis. eine am 26. d. Mis. in Kraft tretende Verordnung bekannt gemacht, wonach alle im Kleinhandel feilgehaltenen Waren, die in Schaufenstern, Schaukästen, im Straßenhandel o. ä. ausgestellt bzw. angepriesen werden, mit Preischildern zu versehen sind, aus denen der genaue Verkaufspreis der Waren nach Pfund, Liter, Meter, Stück oder sonst handelsüblichen Einheiten geordnet ersichtlich ist. Die Schilder sind mit deutlich lesbaren Zahlen zu versehen und an gut sichtbarer Stelle anzubringen. Die einzelnen Preischilder können dann als entbehrlich betrachtet werden, wenn ein Preisverzeichnis, in dem alle Waren enthalten sind, aushängt. Dieses Verzeichnis ist jedoch, soweit es handschriftlich geschrieben wird, ganz besonders deutlich und übersichtlich anzufertigen. Die ausgezeichneten Preise dürfen keinesfalls überschritten werden.

Im übrigen wird auf die Veröffentlichung in der Staatszeitung hingewiesen und auf unsere Bekanntmachung vom 15. Juli 1920 über Preisaushänge für Brennmaterialien und Lebensmittel nochmals ausdrücklich Bezug genommen.

Wilsdruff, am 18. März 1923.

1010

Der Stadtrat.

Donnerstag den 22. März
abends 7 Uhr

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Wilsdruff, am 17. März 1923

1023

Der Stadtverordnetenvorsteher.

10 Lindenstämme, 15 bis 25 cm stark, sollen verkauft werden. Angebote für den cbm bis 24. dieses Monats im Zimmer Nr. 14 abzugeben. (Lagerplatz: Schießwiese).
Wilsdruff, am 19. März 1923. Der Stadtrat zu Wilsdruff.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr anzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Franzosen haben in der Reparationskommission Einspruch gegen die Ausgabe der deutschen Goldanleihe erhoben.
- * Im besetzten Gebiet wurden an zwei Stellen über zweihundert Millionen Mark fälschliche Gelder von den Besatzungstruppen beschlagnahmt.
- * In der Pariser und Londoner Presse häufen sich die unüberhörten Meldungen über angebliche Verhandlungsversuche in der Ruhrfrage.
- * Zu einer Beratung über die Senkung der Kohlenpreise werden Vertreter des Kohlenindustrials in Berlin erwartet.

Neue Steuerentwicklung?

In volks- und finanzpolitischen Kreisen, auch in solchen, die der Regierung nahestehen, beschäftigt man sich in letzter Zeit vielfach mit Erwägungen über neue grundlegende Steuerreformen. Es sind vorläufig nur unbestimmte Pläne, immerhin ist es nicht ohne Interesse, die nachstehenden Erläuterungen eines Sachverständigen dazu zu hören:

Jede Innenpolitik, auch unsere Steuerpolitik, muß auf außenpolitische Gesichtspunkte eingeleitet werden; sie ist nicht Selbstzweck. Nie dürfte es dazu kommen, daß die Entente sich für ihre Forderungen berufen kann auf Äußerungen von Deutschen. Denn allzu eng ist die deutsche Finanzpolitik verflochten und verknüpft mit unsern außenpolitischen Beziehungen feindlicher, neutraler, freundlicher Art.

Die Erörterungen über die Umgestaltung der Einkommensteuer haben beinahe ausschließlich im Reichstag zu einem heftigen Konflikt geführt, was auf alle Fälle unerwünscht war. Aber er soll ertragen werden, er hat vielleicht doch sein Gutes, wenn er die Veranlassung dazu gibt, dem ganzen Problem des 10prozentigen Lohnabzuges nicht mehr mit Ausschluß- und Reparationsmaßnahmen, sondern einmal grundsätzlich zu Leibe zu gehen. Der Reichsfinanzminister hat sich dahin gebenden Anregungen nicht verschlossen, und wir werden im Sommer, spätestens im Herbst, — wieder einmal — vor einer Steuerreform stehen.

Theoretisch ist oft ja der Lohnabzug eine vorzügliche Steuer, erfüllt alle Forderungen, die von den Finanzwissenschaftlern an eine „direkte“ Steuer gestellt werden. Aber rechnerisch ist im Formalen bleibt stehen, der sich äußerlich nur daran hält, wer die Steuern bezahlt. Das braucht durchaus nicht derselbe zu sein, der sie trägt. Auch nicht bei den „direkten“ Steuern, wo es die gleiche Abwälzbarkeit gibt wie bei den sogenannten „indirekten“ Steuern. Wer trägt also den Lohnabzug? Formell der Arbeiter und Angestellte, und es ist ein Verdienst der Sozialdemokratie, dieses wenig populäre Steuerprinzip bei den Gewerkschaften durchgedrückt zu haben. Oder trägt die Steuern tatsächlich der Arbeitgeber, der sie nun seinerseits weiterwälzt? Das aber ist das Problem bei jedem Steuergesetz: Auf wen bleibt nun die Steuer endgültig entfallen? Die Baumasse der „direkten“ Steuerbeiträge wird

in Deutschland zweifellos durch diesen Lohnabzug aufgebracht, ein weit geringerer Teil durch die Steuern auf Vieh. Das rührt sofort an dem zweiten Problem, das so viel Unruhe, Jank und — parteipolitische Agitation in unser Volk hineingetragen hat, die Besteuerung des Viehs der Sachverie. Theoretisch ist auch diese Steuer wieder zweifellos eine Selbstverständlichkeit; aber die Praxis! Denn die Sachwerte haben eben solange keinen feststehenden Wert, als der Vermesser, nämlich die deutsche Mark, herauf- und herabspringt wie eine Gemse im Gebirge. Die Steuern hängen aber aufs allerengste mit der W ä h r u n g zusammen, und solange diese unsicher

Dollar-Schikanenweisungen des Deutschen Reiches

Garantiert von der Reichsbank

Schluß der Zeidnung:

Sonnabend den 24. März 1923.

und schwankend ist, muß auch die Steuererhebung unsicher und schwankend sein, zu schreiend ungerecht, weil durch die Währungsentwicklung längst überholten Resultaten führen, — die nun innerpolitisch zerschanden wirken. Auch bei einer schärferen Heranziehung des Viehs zur Besteuerung, die in der Praxis wahrscheinlich auf ebenso schreiende Ungerechtigkeiten wie die Lohnsteuer stoßen würde, müßte sich nach Ansicht mancher Sachverständiger sicherlich ein bald herausstellen: das Einkommen aus dem Vieh — und dieses würde besteuert werden, da ja die Substanz des Volksvermögens nicht verzehrt werden soll — sei in Deutschland ganz gering geworden. Deutschland lebt fast nur vom Arbeitseinkommen. Und es bedeutete eine massenpsychologisch und außenpolitisch außerordentlich wertvolle Entlastung, wenn die Steuern von diesem Einkommen getragen werden, und zwar ganz offiziell, vom Arbeitgeber als dem Besitzer der Produktionsmittel. Noch heute sind intellektuelle überaus ernsthafte, parteiagitorisch durchaus unbeeinflusste Kreise in Deutschland der Ansicht, daß die Lasten, die zu tragen sind, gerade dort angepackt sind, wo die Tragkraft die schwächste ist: auf den Arbeitenden. Der deutsche Arbeiter verdient ja nur ein Viertel bis ein

viertel von dem, was der englische oder amerikanische Arbeiter erhält, und unter den Produktionskosten spielt in Deutschland der Arbeitslohn jetzt eine geringe Rolle. Daß diese geringe Entlohnung möglich ist, hat in der Spannung zwischen der inneren und äußeren Kaufkraft der Mark seinen Grund. Und es wird offen zugegeben, daß diese Spannung zwischen den einheimischen und den fremden Löhnen allein noch die Exportfähigkeit mancher Industrien aufrecht erhält. Wenn nun — theoretisch — gerade auf den schwachen Schultern der auf Arbeitseinkommen angewiesenen die steuerliche Hauptlast liegt, so müßte das verbitternd wirken. Würde sie dem Infostentkonto zugeschlagen, so könnte dadurch der Unternehmergewinn etwas eingeschränkt werden. Solange die Mark einigermaßen feststeht, erscheint aber auch im Infostentkonto die Mikroprämie nicht mehr von so großer Bedeutung; der Warenbedarf ist geblieben, nur ist die Kaufkraft außerordentlich zurückgegangen. Diese würde durch die Abwälzung des Lohnabzuges aber gehoben.

Die Industrie hat erklärt, daß sie bereit sei, mit allen Kräften die Pläne Cunos zu unterstützen, wenn wir erst wieder in Erörterungen über das Reparationsproblem eintreten. Weil ja schließlich doch die deutsche Wirtschaft auf engste verknüpft ist mit dem politischen Schicksal Deutschlands. Und die Übernahme der Hauptlast unserer Staatsverpflichtungen durch die deutsche Industrie — falls man uns die Kohle nicht zuschürt, wie französische blinde-wältige Nationalisten es wollen — würde auch außenpolitisch ihre Wirkung nicht verfehlen. Aber nur dann, wenn unsere Innenpolitiker auch außenpolitisch denken.

Einspruch gegen die Goldanleihe.

Ein französisches Störungsmandat.

Nach einer Pariser Meldung hat die französische Abordnung der Reparationskommission gegen die Ausgabe einer deutschen Dollarschikananleihe Einspruch erhoben. Dieser Einspruch ist ein Vorstoß gegen das Bestreben der deutschen Regierung, die deutsche W ä h r u n g zu stützen.

Mit diesem Einspruch will man, unter dem Vorgeben, Rechte der Reparationskommission zu wahren, die deutsche Abwehraktion an der Ruhr treffen, indem man behauptet, den Alliierten stehe auf Grund des Vertrages von Versailles eine Generalhypothek über sämtliche deutschen Einnahmequellen zu. Gegenüber diesem Mandat der französischen Regierung muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die Reparationskommission gar kein Recht hat, die deutsche Regierung an der Ausgabe von Anleihen zu behindern. Die Devisen aus dieser Anleihe gehen bekanntlich in das Eigentum der Reichsbank zur Bildung eines Fonds über, der bis zur Rückzahlung der Dollarschikananweisungen als solcher erhalten bleiben soll. Durch den Ertrag der Dollarschikananweisungen soll die Reichsbank die Mittel in die Hand bekommen, einer weiteren Währungsverschlechterung vorzubeugen.

Verhandlungsführer.

Rätselraten in der Auslandspress.

In den letzten Tagen haben in der englischen und französischen Presse die Kombinationen über geplante oder bereits eingeleitete Verhandlung mit Deutschland einen Umfang angenommen, der vor allem eines deutlich erkennen läßt, daß man darüber sehr gern auf erträgliche Weise wieder aus dem Ruhrabenteuer herauskommen möchte, daß aber Deutschland auf alle Fälle den ersten Schritt dazu tun soll. Die Pariser Blätter veröffentlichen allerlei angebliche neue deutsche Reparationspläne, nur um sie dann zu kritisieren und daran neue Forderungen zu knüpfen. Von alledem aber weiß man in der Berliner Regierung kein Wort, weil hier derartige Pläne überhaupt nicht erwogen werden.

Ein besonderes Kapitel bilden die verschiedenen geheimnisvollen Besuche offizieller Persönlichkeiten, die ganz „privatim“ hin und her reisen, um die Lage zu sondieren und Verhandlungsmöglichkeiten zu prüfen. Daß Politiker aus Paris und London nach Berlin gekommen sind, wird offen zugegeben, dagegen erscheint es noch zweifelhaft, ob sich unter diesen Vermittlern auch der Präsident der Bank von England, Herr Norman, befindet, der in Berlin angeblich erwartet wurde. Die Reichsregierung bewahrt dem allem gegenüber mit vollem Recht die bisherige Zurückhaltung. Sie hat ihren Standpunkt in der Ruhrfrage oft und klar genug dargelegt, und jede neue vorzeitige Äußerung würde nur eine Unvorsichtigkeit sein, die man drüben mit dem Gewirr von Sensationsmeldungen offenbar herauslocken möchte.

Das Urteil des Völkerrechts.

Deutsche Gelehrte gegen den Ruhereinbruch.

Leipzig, 17. März.

Die deutsche Gesellschaft für Völkerrecht hat auf ihrer vierten Jahresversammlung zu Leipzig in den letzten Tagen die rechtlichen Grundlagen des französisch-belgischen Vorgehens im Ruhrgebiet, im Aheinland und in Baden nach allen Seiten eingehend geprüft. Die deutschen Vertreter der Völkerrechtswissenschaft haben sich darüber Rechenschaft gegeben, daß es ihre Aufgabe ist, hierbei nur dem Rechtsgedanken im Geiste der Wissenschaft zu dienen. Am letzten Tage wurde das Ergebnis der Beratungen in einer großen öffentlichen Versammlung im Leipziger Gewandhaus bekanntgegeben. Dabei hielt Professor Dr. Meurer aus Würzburg, ein Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft, einen Vortrag, und dann wurde eine Entschlieung angenommen, die sich besonders auf den § 18 des Teiles VIII des Friedensvertrages bezog, weil darin die Fälle aufgeführt sind, in denen die Alliierten zu „Sanktionen“ berechtigt sind. Die Entschlieung stellt nun fest:

„Der § 18 spricht zunächst von finanziellen und wirtschaftlichen Sperren und Zwangsmaßnahmen. Die dann folgende Generalklausel kann sich nur auf Maßnahmen verhandelter Art beziehen. Frankreich und Belgien sind jedoch mit militärischer Macht in deutsches unbefestigtes Gebiet einmarschiert. Zugleich zwingen sie dem Lande links des Rheins eigenmächtig eine neue Ordnung auf. . . . Überdies würde der französisch-belgische Einbruch auch unter dem Gesichtspunkt der Repressalie nicht gerechtfertigt werden können, weil der angewandte Zwang nach Art und Maß in keinem Verhältnis zu den behaupteten geringfügigen Verletzungen Deutschlands steht. Das französisch-belgische Vorgehen stellt sich nach alledem als eine schwere Verletzung des Versailler Vertrages und des Völkerrechts dar. Das Recht wird hier zur Verhüllung machtpolitischer Bestrebungen mißbraucht.“

Am Schlusse der Tagung wies der Senior der deutschen Rechtswissenschaft, Erzellenz Dr. Wach-Leipzig darauf hin, daß der Widerstand im Ruhrgebiet nicht auf äußere Macht und auf Agitation zurückzuführen sei, sondern eine spontane natürliche Reaktion gegen den Mißbrauch des Rechts darstelle. Er sei nur möglich durch gesammelte sittliche und geistige Kräfte.

Das Heiratsjahr.

Ein Lustspiel-Roman in zwölf Kapiteln.

Von Fedor v. Zobeltsh.

(13. Fortsetzung)

(Nachdruck verboten.)

Er war es, und Frau Wöhring ordnete das kleine Tablett, stellte Tasse und Kanne auf dieses und ein Tellerchen mit zwei Brötchen dazu. Dann klopfte sie abermals an die Tür des Vorderzimmers und rief: „Sind Sie fertig, Herr Doktor?“

„Ganz, Frau Wöhring; kommen Sie nur herein!“ scholl die Antwort zurück.

Die Witwe stuchte ein wenig, als sie bei ihrem Eintritt Herrn Freese bei einer eigentümlich melancholischen Beschäftigung sah. Der junge Mann saß auf dem Sofa vor dem runden, mit einer gehäkelten Decke bedeckten Tische und zählte sein Geld. Das war eine leichte und dennoch traurige Arbeit. Er hatte das Portemonnaie umgeflüpt, gleichsam, als wolle er es bis in seine innersten Tiefen entleeren, aber es gab trotzdem blutwenig von sich: ein paar Markstücke, ein verfallenes Los der Marienburger Kirchenbau- und eine Zehnpfennigmarke.

„Guten Morgen, Herr Doktor,“ sagte die Wöhring und setzte das Tablett auf den Tisch. „Na — gut geschlafen?“ Freese seufzte.

„Ach nein,“ erwiderte er, „leider nicht. Die Frau Wöhring, wenn man so viele Sorgen im Kopfe hat —“

„I was, Herr Doktor, es werden ja auch wieder mal bessere Zeiten kommen! Der Mensch soll nicht immer gleich verzweifeln; mit das ewige Grübeln macht man sich bloß unnütz den Kopf schwer! Als mein Seliger gestorben war, wußte ich auch nicht so recht aus und ein — na, und es ist doch gegangen! 'n fleischer Mensch findet immer sein Auskommen, und ob ich als Souffleuse unten im Zwischertalsteig sehe oder für gutes Geld auf Neu plätze — wenn man sich ehrlich durchs Leben schindel, ist alles pipe. . .“

Sie hatte sich inzwischen auf den Stuhl neben dem Bette gesetzt und fuhr fort:

„Hören Sie mal, Herr Doktor, daß Sie mir nicht wieder die beiden Brötchen liegen lassen, das bitt' ich mir aus! Wenn der Mensch auch noch so viel Kummer hat, essen muß er! Herr Doktor, es geht allens seine richtigen Wege. Es muß auch mal schlechte Zeiten geben, damit man sich auf bessere freuen kann. Grade jetzt geht's mir auch nicht so, weil mir's gehen könnte, denn meine beste Kundschaft, was die feinen Leute sind, die sind auf Reisen — na, und was so zurückgeblieben, das zahlt nicht immer am pünktlichsten.“

Der Dollar 17. März: 20857,72—20962,28 Mt.

„ „ 19. März: 20840,26—20944,74 Mt.

Französische Kontrolloffiziere.

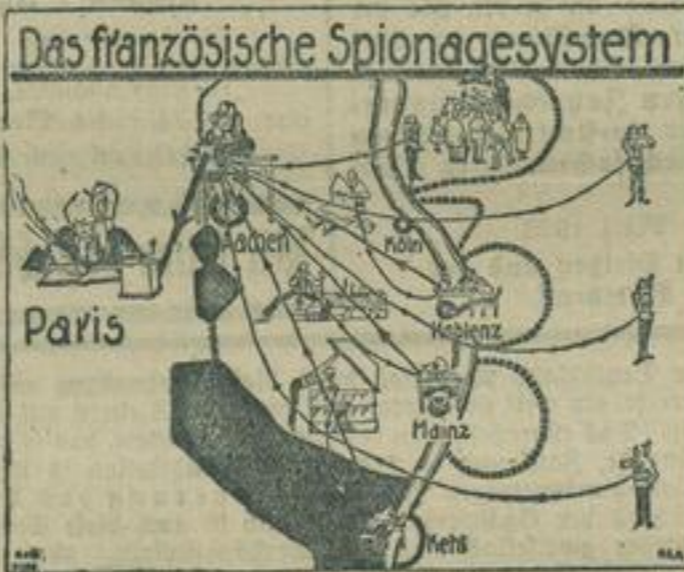
Eine Warnung an die Bevölkerung.

Zwischen dem Auswärtigen Amt und der Interalliierten Militärkontrollkommission hat während der letzten Wochen über die Beteiligung französischer und belgischer Offiziere an Kontrollhandlungen ein Schriftwechsel stattgefunden. Es ist nicht gelungen, die Kommission dazu zu bewegen, daß sie diese Offiziere während der gegenwärtigen kritischen Periode aus der Kontrolle ganz zurückhält; sie hat im Gegenteil erklärt, daß sie die in dieser Hinsicht bis zum 15. d. M. geübte teilweise Zurückhaltung jetzt ausgeben und jene Offiziere in vollem Umfange wieder an der Außenkontrolle beteiligen will. Für den Beginn dieser Woche sind bereits eine ganze Reihe von Kontrollhandlungen angefangen, an denen sich französische und belgische Offiziere — teilweise sogar in Uniform — beteiligen werden. Die Reichsregierung ist nicht in der Lage, die Kommission an der Ausführung dieses bedauerlichen Entschlusses, über deren Wirkungen sie nicht im Unklaren gelassen worden ist, zu verhindern. Es bleibt ihr daher nur übrig, die Öffentlichkeit nochmals mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß auch die französischen und belgischen Kontrolloffiziere für uns nicht als Organe ihrer Regierungen, sondern lediglich als Organe einer interalliierten Körperschaft zu gelten haben, in der auch diejenigen alliierten Hauptmächte vertreten sind, die sich an der Ruhrbesetzung nicht beteiligen. Jede Ausschreitung gegen einen dieser fremden Offiziere ist geeignet, der Reichsregierung unabwehrbare außenpolitische Schwierigkeiten einzutragen.

Schweres Eisenbahnunglück.

Eine Folge des „militarisierten“ Betriebes.

In der Nähe von Friemersheim hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Ein Militärtransport, in welchem sich Kavalleristen mit Pferden befanden, stieß auf einen leeren Güterzug und zwar mit solcher Wucht, daß die Wagen sich hoch übereinanderstürzten. Die Unfallstelle ist in weitem Umfange abgesperrt. Ein Augenzeuge des Eisenbahnunglücks schätzt die Zahl der Getöteten auf 25. Die Zahl der Verletzten scheint auch sehr groß zu sein. Schrecklich sei der Anblick der ebenfalls in großer Zahl getöteten und verletzten Pferde gewesen. Das französische Militär ging, während deutsche Ärzte die Verletzten versorgten, gegen das Publikum in schroffer Weise vor und traktierte es mit Kolbenstößen.



Aber es wird schon wieder mal anders werden — und damit tröst' ich mich — und das sollte auch vor Ihnen ein Trost sein, Herr Doktor!

„Nennen Sie mich nur nicht immer Herr Doktor, Frau Wöhring,“ entgegnete Freese. „Ich habe mein Examen noch vor mir — und wenn mich das Unglück so weiter verfolgt wie bisher, dann werde ich vielleicht nie im Leben dazu kommen, meine Prüfungen machen zu können. Es war' tausendmal gescheitert von meinem Vater gewesen, er hätte mich ein Handwerk lernen lassen. Das nährt schließlich seinen Mann. Aber nein — ich sollte Philologe werden — nicht einmal Dorfschulmeister wie mein guter Vater — Gymnasiallehrer, sollte die höhere Bildungsharriere einschlagen — hol's der Geier. . . Größenwahn der Zeit, liebe Frau Wöhring! Bildungsbüchse ist gut, aber man muß auch in der Lage sein, ihn löschen zu können.“

Die Wöhring nickte ernsthaft und faltete die Hände im Schoß.

„Das versteht sich,“ erwiderte sie; aber es war doch zweifelhaft, ob sie so recht verstand. „Und mit dem Privatunterricht,“ fuhr sie fort, glättend über die Schürze streichend, „ich dachte, das wäre damit 'ne ganze Zeit recht flott gegangen.“

„Gegangen,“ fiel Freese ein, „aber es geht nicht mehr! Der Sommer ist für mich gerade so die tote Saison wie für Sie, Frau Wöhring. Meine letzten paar Mark habe ich in Interzaten verpulvert. Die gesamten nachhilfsbedürftigen Kinder scheinen in die Ferien gereist zu sein. Es findet sich nichts. . . Da“ — er wies auf das feines Inhalts beraubte Portemonnaie — „das ist meine ganze Habe: drei Mark fünfundneunzig Pfennig, die Grobchenmarke mit eingerechnet. Das Marienburger Los kaufte ich mir, als ich die letzte Privatstunde bezahlet bekam; da dachte ich wunder wie reich ich sei. Natürlich war's eine Niete. — Mein ganzes Leben ist eine dicke Niete!“

„Herr Freese, tun Sie mir den Gefallen und sprechen Sie nicht so. Sprechen Sie nicht so; das ist lästerlich. Und denn hören Sie mir mal an und sagen Sie kein Wort. Mit der Niete, das hat keine Eile, und wenn ich mir zu Mittag mein Essen lasse, koch' ich gleich vor Ihnen mit. So gut wie in der Akademischen Bierhalle und wie bei Grubben in der Wasserstraße ist es auch noch; nachhaft und kräftig und billiger als wie da. Und zu Abend können wir es ebenso halten. Mit 'n paar Markstücken kam ich am Ende auch immer noch aus, Herr Freese; denn das muß ich Ihnen sagen: die Arbeit schändet nicht und Reichtum macht noch lange nicht glücklich. . .“

Aber selbst diese große, wenn auch nicht neue Wahrheit vermochte Freese nicht über die peinliche Verlegenheit fort zu bringen, die er bei den gut gemeinten Worten der Frau Wöhring empfand. Sein hübsches, sonst immer ziemlich blaßes Gesicht war in dunkle Rote gelaucht.

Deutscher Reichstag.

(321. Sitzung.)

OB. Berlin, 16. März.

Das Gesetz über die Gebühren für Arbeitsbücher wurde endgültig angenommen, ebenso das Gesetz über die Verlängerung der Zuckungsfrist der Weine des Jahrgangs 1922. Es folgte der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Notstandsunterstützungen für Sozialrentner und ihre Hinterbliebenen. Nach den Beschlüssen des Ausschusses sollen die Sätze vierfach, im besetzten Gebiet vervinfacht werden. Das Gesetz wurde in dieser Fassung angenommen.

Das Kohlensteuergesetz soll bis zum 31. März 1924 verlängert werden. Es legt zurzeit eine Steuer von 40 % fest. Der Reichsfinanzminister wird nach dem Ausschlußbeschlüssen ermächtigt, nach Anhörung des Reichsstaatsrats mit Zustimmung des Reichsrates und eines Reichstagsausschusses den Steuerfuß zu erhöhen oder zu vermindern. Eine Ermäßigung muß erfolgen, wenn sie durch den Reichsrat und den Reichsstaatsrat verlangt wird und der Reichstagsausschuß zustimmt. In mehreren Entschlieungen eruchte der Ausschuß die Regierung 1. eine Nachprüfung der Steuerfüße durch den Reichsstaatsrat vornehmen zu lassen, 2. den gemeinnützigen, mildtätigen und kirchlichen Anstalten sowie den minderbemittelten Volksklassen den Bezug von Hausbrandkohle für den kommenden Winter zu verbilligen. Außerdem bricht der Ausschuß die Erwartung aus, daß die gesundeneten Kohlensteuerebeträge sofort eingezogen werden.

Nachdem Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärt hat, die Regierung werde sich wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht verschließen und gegebenenfalls die Initiative zu einer Ermäßigung der Steuer zu ergreifen, wurde der Grundlegende § 1 angenommen, ebenso die nächsten Paragrafen.

Neueste Meldungen.

Kein deutscher Botschafter in Paris?

Berlin. Wiederholt wurde in den letzten Tagen die Frage aufgeworfen, wer als Nachfolger des verstorbenen deutschen Botschafters in Paris, Dr. Mayer, in Frage komme. Aus Paris wurde das Gerücht verbreitet, daß der frühere Staatssekretär und jetzige Reichsvertreter in München, Herr von Haniel, für den Pariser Posten in Betracht käme. Von zuständiger Seite wird hierzu erklärt, daß die Frage der Ernennung eines Botschafters für Paris im Augenblick nicht dringend sei.

Der Oberbürgermeister von Buer freigelassen.

Gelsenkirchen. Oberbürgermeister Dr. Zimmernann der Stadt Buer wurde aus der Haft entlassen. Der kommandierende General soll ihm erklärt haben, daß die Untersuchung ergeben habe, daß die Stadt Buer und die Bevölkerung an der Ermordung der zwei französischen Offiziere schuldlos sei. Die Untersuchung habe ergeben, daß die Tat von Angehörigen der Sumpo ausgeführt worden ist. Die Täter waren der Kriminalbeamte Burghoff und der Elektrotechniker Wintershagen.

Belanntlich ist von deutscher Seite längst festgestellt, daß die beiden von den Franzosen Erschossenen, Burghoff und Wintershagen, mit der Ertuna nichts zu tun haben.

Das amerikanische Eingreifen.

Washington. Im Anschluß an die Erklärung des Staatssekretärs Hughes, daß bei Amerika kein Schritt unternommen worden sei, im Auftritte zu vermitteln, wird vom Staatsamt weiter erklärt, daß die amerikanische Regierung in der Ruhrfrage nur auf Einladung Frankreichs zu intervenieren gedenke, und daß Großbritannien und Deutschland Mittelungen nach dieser Richtung hin erhalten haben. Es wird nicht bestritten, daß diplomatische Verhandlungen im Gange sind, und daß Amerika an ihnen teilnimmt.

Sozialistisch-kommunistische Einigung in Sachsen.

Das gemeinsame Programm.

Am 4. März setzte der Landesparteitag der S. S. P. D. eine Kommission ein mit dem Auftrage, die Verhandlungen zwischen der S. S. P. D. und der K. P. D. über die Regierungsfrage zum Abschluß zu bringen. Die Kommission nahm,

ring empfand. Sein hübsches, sonst immer ziemlich blaßes Gesicht war in dunkle Rote gelaucht.

„Ich danke Ihnen herzlich, liebe Frau Wöhring,“ entgegnete er. „Ihr Anerbieten macht Ihrem Herzen alle Ehre, und es ist auch nicht stolz von mir, daß ich es ablehne. Es geht aber nicht anders. Ich werde kaum noch lange hier bleiben. Vielleicht gelingt es mir, irgendwo auf dem Lande eine Hauslehrerstelle zu bekommen. Ich bin stammig geworden. Man wird hier zu leicht zerstreut; auf dem Lande wird man weniger abgelenkt — ich denke, da werde ich in Ruhe meine Studien beenden können. . . Sie sind mir doch nicht böse, Frau Wöhring?“

Die Witwe hatte sich erhoben und zuckte mit der linken Schulter.

„I, wo werd' ich denn,“ antwortete sie. „Warum soll ich denn böse sein? Es tut mir leid, daß Sie fort wollen; denn 'nen stilleren Mieter werde ich mir lange suchen können — aber Sie müssen ja am besten wissen, was vor Ihnen gut ist. Sind Sie fertig mit dem Kaffee?“

Freese nickte, und Frau Wöhring räumte das Geschirr ab und verließ sodann mit schweren, schlurrenden Schritten das Zimmer, ohne ihren letzten Äußerungen noch ein Wort hinzuzufügen. Es war zweifellos: sie fühlte sich beleidigt. Einen Augenblick dachte Freese daran, aufzuspringen und sie durch ein paar freundliche Worte zu besänftigen. Aber es widerstrebte ihm; vielleicht wiederholte sie ihre Anerbietungen, und er hatte schon vorher ein gewisses Gefühl der Demütigung kaum verwinden können. . .

Seine Lage war in der Tat übel. Er verlor nicht leicht den Mut; aber nun war er nahe daran, zu verzweifeln. Herr Gott, was war das für ein elendes Dasein! Eine ewige Sorge um den nächsten Tag — eine ewige Angst um die Existenz! Und in allen diesen Nöten sollte er auch noch arbeiten; denn mit Ablauf des Jahres mußte er seine Staatsprüfung bestanden haben; er wollte endlich einmal in gebotene Bahnen gelangen.

Er trat an das Fenster und öffnete es. Flimmernde Morgenluft lag über dem Dächermeer, das man von hier aus, fast sechs Stockwerke über dem Strohpflaster, übersehen konnte. In der heißen Luft schien das Drahtnetz der Telefonleitungen unaufhörlich hin und her zu schwanken. Aus dem nächsten Schornstein kräufelte in Quirkformen ein dünner, hellblauer Dampf empor, und etwas weiter hinten entströmten einem mächtig auftragenden Fabriksschlot dicke Wolken ruhigen Qualms.

Der Kopf war ihr schwer; was sollte nun werden? — Bisher hatte ihn der Privatunterricht an faule oder zurückgebliebene Jungen wenigstens einigermaßen vor dem Mangel geschützt. Aber das Geld für die letzten Annoncen war umsonst ausgegeben worden; es hatte sich niemand gemeldet.

(Fortsetzung folgt.)

wie bekannt, die Arbeit sofort auf. Am 15. März 1923 fanden nunmehr die Schlussberatungen statt, die ein Einigungsergebnis zeitigten, aus dem die Dresdner Volkszeitung u. a. folgende Punkte bekannt gibt:

A. Richtlinien für die künftige Politik in Sachsen.
1. Amnestie. Die Regierung bringt den Entwurf eines Amnestiegesetzes ein, nach welchem Straffreiheit gewährt wird a) für Kollektive, b) für Abtreibungsdelikte.

2. Die Regierung wird auf Grund der Landtagsresolution vom 12. Juli 1922 für politische Delikte weiterhin im Wege der Einzelbegnadigung Begnadigung gewähren.

B. Bekämpfung des Wuchers. In den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern und wo sonst ein Bedürfnis vorliegt, sind Preisprüfungsstellen zu errichten mit der Aufgabe, im Interesse der Arbeiterklasse den Wucher durch eine energische Kontrolle der Händler und Preise zu bekämpfen. Die Preisprüfungsstellen und ihre Organe können das Vorliegen von Schlussheften, Rechnungen, Stachtdokumenten, Lagerheften, Labelformen und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken und Büchern, soweit sie sich auf den Ein- und Verkauf von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs beziehen, fordern und darin Einsicht nehmen. Den örtlichen Preisprüfungsstellen sind Kontrollprüfungsstellen anzuschließen. Die Kontrollauschüsse werden in Betriebsratversammlungen oder allgemeinen Gewerkschaftsmitgliederversammlungen gewählt. An die Wucher- und sonstigen Gerichte sind Sachverständige aus den Kreisen der sachlich und beruflich vorgebildeten Verbraucher als Gutachter zuzulassen. Die Wuchergesetze sind mit Dringlichkeit zu befehlen, die die Gewähr dafür bieten, daß die Strafverfahren wegen Wuchers rücksichtslos im Interesse der Verbraucher durchgeführt werden.

Grundzüge für die Arbeiterkammer. Die Regierung legt dem Landtag ein Gesetz über die Arbeiterkammer vor, die eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sein soll. Die Mitglieder der Landesarbeiterkammer werden durch Urwahlen in den Betrieben gewählt, die dem Betriebsratgesetz unterliegen. Alle Beschäftigten in den Betrieben, die nicht dem Betriebsratgesetz unterliegen, desgleichen Landarbeiter, Forstarbeiter und Erwerbslose, sind nach Berufsgruppen geordnet zu einem Wahlkörper zusammenzufassen. Die Arbeiter und Angestellten der Betriebe haben in der Arbeiterkammer folgende Aufgaben zu erfüllen: a) Gutachten vor Einbringung und Erlaß von Gesetzen und Verordnungen zu erstatten und über die Wirkung von Gesetzen und Verordnungen der Regierung zu berichten; b) Gesetzentwürfe, Initiativentwürfe und Beschwerden an die Regierung, eine Behörde oder eine sonstige Körperschaft des öffentlichen Rechts anzubringen. Die Mitglieder der Arbeiterkammer sind abberufbar.

Abwehrmaßnahmen gegen den Faschismus. Die D. S. P. D. und K. P. D. bilden in Sachsen proletarische Abwehrorganisationen. Diese haben die Aufgabe, die Demonstrationen, Versammlungen und das Eigentum der Arbeiterorganisationen zu schützen. Die Regierung hat eine ähnliche Vorlage wie die Vorlage 147 vom 28. Juni 1922 dem Landtag zu unterbreiten.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, den 19. März 1923.

Tagesordnung für die Stadtverordnetenversammlung, Donnerstag, den 22. März 1923, nachm. 7 Uhr. 1. Eingänge und Mitteilungen. 2. Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrags für bei der Landesversicherungsanstalt ausgenommene Darlehne. 3. 21. Nachtrag zur Gemeindesteuerverordnung, Erhöhung der Hundesteuer. 4. Kinderpost betr. 5. Anlauf einer Schulschreibtafel. 6. Befestigung des Hydranten am Kirchplatz. 7. Befestigung der Strompreise für Monat März. 8. Anlauf von Gleichstromzählern. 9. Anlauf eines Spülklosets für die Schule. 10. Streichung der Pfennigbeträge beim Ortsüberweisungsverkehr der Girokasse. 11. Kündigung des Postmietvertrags. 12. Rücksichtsprüfung der städtischen Rechnungen vom Rechnungsjahr 1920/21. 13. Annahme der neuen Prüfungsordnung für die Gemeindebeamten. 14. Erhöhung der Entschädigung des Bauverwaltenden. 15. Gehalts- bez. Lohnvorschlüsse für die Beschäftigten und Arbeiter. 16. Gehalt des Wstf. Richters am Beurlaubung mit Gehalt zur Teilnahme an einem Lehrlauf der Gemeindefriedhofverwaltung. 17. Verschiedenes.

Tagesordnung für die Schulausschussung am 21. März 1923. 1. Neue Zusammenlegung des Schulausschusses. 2. Befähigung und Dienstantritt: a) Oberlehrer Johannes Meyer, Berufsschule; b) Lehrer Alfred Rant, Volksschule. 3. Einbürgerung des Wirtschaftsinstituts zur Erreichung der landwirtschaftlichen Schule für Mädchen. 4. Zuziehung des Berufsschulleiters zu den Schulausschussungen. 5. Jeweilige des Lehrervereins am 1. Januar 1923 betr. 6. Veranlassung der Freistellen am Reich, von Hietzsch'schen Seminar in Dresden. 8. Ueberlassung eines Schulzimmers zum Vorbereitungunterricht für Jugendliche. 9. Befreiung der Dienstreise Langner vom Besuche der Mädchenfortbildungsschule bis Ostern 1923. 10. Kochabteilung der Mädchenfortbildungsschule bzw. Haushaltpflanzen 1923/24 für diese. 11. Gehalt der Gemeinde Grundbuch am weitere Mitbenutzung der hiesigen Kochschule. 12. Eingabe des Kirchenvorstandes — Schulfreiheit am Kirchsonntag betr. 13. Vorschläge des Schulleiters Meyer zum Ausbau der Berufsschule ab Ostern 1923. 14. Gründung eines Berufsschülerverbandes mit Grundbuch, Sadowitz pp. 15. Neue Ortsverteilung. 16. Wahl einer neuen Lehrkraft in die Stelle des pensionierten Dr. Thomas.

Für die Rubrik wurden bisher gezeichnet bei der Stadtkasse 296 550, Girokasse 40 000, Sparkasse 10 000 Mark, insgesamt also 337 550 Mark.

Der „M. S. B. Sängerverein“ vereinigte am Sonntagabend seine Mitglieder und deren Angehörige zu schönen Stunden im „Linden“ und gebachte bei Freude und Tanz auch der Not unserer alten bedürftigen Einwohner. Eine Extratour erbrachte für die Hilfsaktion des Reichvereins die stattliche Summe von 9000 M. Zur Nachahmung dringend empfohlen!

Das diesjährige Prüfungskonzert der Stadtkapelle findet morgen Dienstag, abends 8 Uhr, im „Adler“ statt. Die abgehenden Schüler bieten auf ihren Instrumenten Solovorträge, das ganze Orchester Chorsätze. Der Besuch ist wärmstens zu empfehlen, zumal kein Eintritt erhoben wird. Wer aber trotzdem glaubt, der Kapelle seinen Dank abgeben zu müssen, dem ist Gelegenheit dazu geboten, mit einem Beitrag für die Unterhaltungskasse armer Musikschüler. (Vergl. Inf.)

Festgenommen wurden in Königsbrunn die beiden Gauner, die vergangener Woche in einem hiesigen Gasthause übernachtet hatten und in der Nacht Betten und Bettwäsche einpackten und damit verschwand. Bei dem gleichen Verbrechen in Königsbrunn wurden sie ertappt und gefangen auch den Diebstahl hier zu. Es sind zwei Monteure.

Die Schuhmacher-Innungen Meissen, Wilsdruff und Gommastadt hielten am Sonntag, den 11. März, eine Bezirksversammlung ab, in welcher der Vorsitzende des Sächsischen Schuhmacher-Innungsverbandes, Obermeister Angermann - Dresden,

An unsere Postbezieher.

Der größte Teil unserer Postbezieher ist unserer Aufforderung nachgekommen und hat den Differenzbetrag des März-Bezugspreises in Höhe von 700 Mark eingekandt. Wir bitten daher nur an diejenigen, die es bisher unterlassen haben, die Nachzahlung zu leisten, die Bitte, uns den Betrag von 700 Mark auf unser Postkonto Dresden 2640 umgehend zu überweisen, oder in unserer Geschäftsstelle zu begleichen.

einen sehr interessanten Vortrag über die Zwecke und Ziele des Verbandes hielt. Obermeister Lucas sprach im Namen der Versammlung dem Redner den wärmsten Dank aus für den so belehrenden Vortrag.

— Krüppelhilfe im Bezirk der Amtshauptmannschaft Meissen. Infolge eines mit dem Verein Krüppelhilfe getroffenen Abkommens finden allmonatlich Sprechstunden statt, in welchen alle im Bezirk der Amtshauptmannschaft wohnenden Krüppel unentgeltlich Untersuchung und Beratung durch einen Spezialarzt genießen. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch, den 21. März 1923, vormittags 11 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes statt.

— Neun Milliarden Fehlbetrag im sächsischen Staatshaushalt 1923. Wie die „L. N. N.“ erfahren, schließt Sachsens ordentlicher Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1923, der zur Zeit dem Gesamtministerium vorliegt, mit 9 Milliarden Fehlbetrag ab.

— Gegen die hohen Holzpreise. Die demokratische Landtagsfraktion hat im Landtag folgende Anfrage eingebracht: „Am Gegenlag zu dem Bestreben der Reichsregierung, einen allgemeinen Preisabbau herbeizuführen, hält die sächsische Forstverwaltung an Holzpreisen fest, die weit über dem Weltmarktpreis liegen und hat, da diese Preise vom Handel und der Holzverarbeitenden Industrie nicht bezahlt werden können, in den letzten Wochen mehrfach Verteigerungen abgesetzt. Billigt die Regierung dieses Vorgehen, das die im Interesse der ganzen Bevölkerung dringend gebotene Senkung der Holzpreise hintanhält?“

— Der Einzelhandel über den Preisabbau. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels nahm in einer Versammlung mit Vertretern der Reichs- und Staatsministerien sowie der Verbraucherschaft zu der Frage eines Preisabbaues Stellung. Der Vorsitzende, Kommerzienrat Grünfeld, betonte, daß der Einzelhandel die Anregung, einen Preisabbau in die Wege zu leiten, dankbar begrüßt habe, weil er sich seiner Verantwortung als Bindeglied zwischen Produzenten und Konsumenten voll bewußt sei. Rechtsanwält Dr. Ramos als geschäftsführendes Vorstandsmitglied prüfte dann eingehend die Frage, ob es rechtlich zulässig sei, daß die Preise mit dem Dollar steigen, und ob sie auch mit dem Dollar wieder sinken müssen. Er kam zu dem Ergebnis, daß mit Ausnahme derjenigen Waren, die ganz aus ausländischen Rohstoffen hergestellt würden, sowohl die äußere wie die innere Wertentwertung zu berücksichtigen sei. Das Steigen der inneren Wertentwertung trotz Dollarkurses halte augenblicklich infolge seiner Einwirkung auf die inländischen Herstellungskosten der Waren eine Preisentwertung auf. Eine Gefundung der Kalkulation könne nur eintreten, wenn der Verkaufspreis zur Wiederbeschaffung der gleichen Warenmenge ausreichte. Weitere Redner wandten sich gegen das Verhalten der Behörden, die auf der einen Seite Preisabbau verlangten, andererseits aber alles zu einer weiteren Verteuerung aller Anläufe täten. Alle Redner betonten, daß, je mehr eine Ware der innerdeutschen Verarbeitung unterliege, desto weniger bei ihr von einem Preisabbau die Rede sein könne, weil trotz der Dollarkursentwertung die inländischen Herstellungskosten gestiegen seien. Die notwendige Preisentwertung würde nicht durch alle möglichen Verordnungen, sondern nur durch eine Produktionssteigerung auf allen Gebieten herbeigeführt werden können.

— Die Handwerkslehre. Die Schulentlassungen stehen vor der Tür und wieder treten viele junge Leute in den erwählten Beruf ein. Bei diesem wichtigen Schritt ins Leben ist für die Eltern der Kinder mancherlei zu bedenken und zu beachten. Bei Handwerkslehrlingen, deren allgemeine Verhältnisse in der Reichsgewerbeordnung und in ergänzenden Vorschriften geregelt sind, ist besonders wichtig, daß der Lehrmeister bzw. die Lehrmeisterin die Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen besitzt, daß ein ordnungsmäßiger Lehrvertrag abgeschlossen wird, daß die Anmeldung des Lehrlings zur Lehrlingsrolle der Gewerbesteuer oder der Innung erfolgt und daß endlich im Arbeitsbuch der Eintritt in die Lehre unter der ausdrücklichen Bezeichnung des Knaben oder Mädchens als „Schloßlehrling“, „Schneiderlehrling“ usw. vermerkt wird. Bei Verstößen gegen die Vorschriften über das Lehrlingswesen ist der Lehrherr strafbar, härter ist aber unter Umständen der Lernende betroffen, denn er läuft Gefahr, daß die zurückgelegte Ausbildungszeit nicht auf die Handwerkslehre angerechnet und ihm die spätere Zulassung zur Gesellenprüfung verjagt wird. Ausklärung über die einschlägigen Bestimmungen und Rat können bei der Gewerbesteuerverwaltung und den Innungen eingeholt werden.

— Begnadigung eines Mörders. Der Wädergeselle Schühbold, der im Herbst vergangenen Jahres seinen Freund, den Wädergesellen Künzler, im Walde bei Rabeburg meuchlings erschossen hat, und der dieserhalb vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden ist, wurde jetzt wie alle seit der Revolution im Freistaat Sachsen durch Schwurgerichte mit Todesstrafe belegte Mörder zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Frau Künzler, mit der Schühbold heimlich verheiratet, wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

— Hühndorf. Die hiesigen Landwirte spendeten für den Zoologischen Garten in Dresden 43 000 M. für die Rubrik 275 000 M. und führten die Summe an den Landbund zur Weiterleitung ab.

— Meissen. Die vier Jahre alte Kaufmannstochter Effriede Bergner aus Düsselbors wurde am 21. Februar 1921 in der Mittagstunde im Schlot eines zu ebener Erde gelegenen Abortes eines an der Großenhainer Straße befindlichen Möbelgeschäftes erstickt aufgefunden. Man nahm damals einen Unglücksfall an. Der Polizei ist es jetzt gelungen, die Todesursache des Kindes aufzuklären. Das Mädchen befand sich damals bei Bekannten zu Besuch, wo auch die jetzt 18 Jahre alte Margarete Thomas in Stellung war. Die kleine Bergner hatte die Thomas bei einer Näherei ertappt und geäußert, sie wolle das erzählen. Daraufhin hat die Thomas dem Kinde wiederholt gedroht und, als dieses dabei blieb, die Sache erzählen zu wollen, es mit dem Kopf nach unten in den Abortschlot gesteckt. Als sie das Kinde später gerufen habe, sei es bereits tot gewesen. Die Thomas wurde festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt.

— Spechtstr. Am Sonnabendnachmittag kam der Bauarbeiter Träger aus Dresden unter dem einfahrenden Zug, wurde erfaßt und dabei so schwer verletzt, daß der Tod bereits kurze Zeit später eintrat.

— Königstein. Ein beträchtliches Schadenfeuer vernichtete in der Nacht zum Mittwoch das Obergeschloß der Pöschschen Eisenfabrik. Der Warenausfall allein dürfte viele Millionen betragen.

— Aue. Die Unfälle, die Eisenbahnabteile zu verlassen, ehe noch der Zug zum Stehen gebracht worden ist, hat auf dem Bahnhof ein blühendes Menschenleben vernichtet. Der Kaufmannslehrling Hans Krüger aus Oberblema hatte bei der Einfahrt des Zuges seinen Platz in einem Abteil der 4. Klasse verlassen und sich auf das Laufbrett gestellt. Kurz vor dem Bahnsteig stürzte er ab, geriet unter den Zug, wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

— Falkenstein. Dem hiesigen Kriminalposten ist es gelungen, drei verwegene Eisenbahnräuber dingfest zu machen. Diese sind am 1. März abends auf einen in Fahrt begriffenen Güterzug der Delsnitz-Zwaidauer Eisenbahnlinie gesprungen, haben die Plomben eines Güterwagens abgerissen und mehrere Pakete mit Etaminewaren im Werte von 4 1/2 Millionen Mark aus dem Wagen geworfen. Die Raubgefellen sind dann aus dem Wagen gesprungen und anscheinend auch mit heiler Haut davongelommen. Sie haben dann die abgeworfenen Waren abgeholt und alsbald in Falkenstein verkauft. Das Diebesgut ist zum größten Teil wieder herbeigeschafft worden.

— Delsnitz i. B. Der hiesige Stadtrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung wiederum mit den Preisen für Gas und elektrischen Strom. Von einer Befestigung der Preise für den Monat März wurde aber vorläufig Abstand genommen, da sich die weitere Gestaltung der Dinge noch nicht übersehen läßt, der Rat hofft jedoch, von einer abermaligen Erhöhung der Preise absehen zu können.

— Penig. Wo Werte steden, erfuhr der Käufer eines kleinen Hauses in der hiesigen Drahthausgasse, welches Grundstück er voriges Jahr für 25 000 M. gekauft hatte. Dort fanden sich im Keller liegende Bleirohre im Werte von 13 000 M. vor und für den Bleihändler sind dem Hausbesitzer auch schon 75 000 M. geboten worden. Besser lohnend kann wohl kaum ein Hauskauf sein.

— Leipzig. Ein körperlich kräftiges, aber geisteskrankes Mädchen lehrte früh in einem Zustände heim, der darauf schließen läßt, daß an ihm ein Stillschleitsverbrechen versucht oder verübt worden ist. Ihre Kleidungsstücke waren vollständig durchgerissen, am Halse und an anderen Stellen ihres Körpers hatte sie blaue Flecken, die Zähne bluteten und die Lippen waren angeschwollen. Das Mädchen scheint sich gegen seine Angreifer gewehrt zu haben, vermag aber keine Angaben über die Vorgänge zu machen.

Unter Hinweis auf die in unserem Blatte veröffentlichten Bekanntmachungen bringen wir unseren Lesern nochmals die wichtigsten Einzelheiten, die der Interessent wissen muß. Dollarschahanweisungen des Deutschen Reiches, von der Reichsbank garantiert.

Höhe der Anleihe 50 Millionen Dollar, Zeichnung bis zum 24. d. M. bei den bekannten Banken und Girozentralen. Zeichnungspreis 100 Prozent.

Einzahlung in amerikanischen Dollar und anderen Devisen, auch Noten zu bestimmten Umrechnungskursen, und zwar mindestens 40 Prozent Einzahlung bei der Zeichnung, der Rest bis zum 14. April 1923.

Bergütung für Einzahlungen vor dem 14. April 1 Promille in Mark für jede volle Woche der Vorauszahlung in Noten oder telegraphischen Auszahlungen.

Stückelung: 5, 10, 20, 50 und 100 Dollar.

Rückzahlung nach 3 Jahren zu 120 Prozent in Dollar oder Gold, mitbin eine Verzinsung von über 6 Prozent.

Befreibarkeit. Die Dollarschahanweisungen werden bei den Darlehnsstellen beliehen zu 60 Prozent des Börsenkurses, wenn der Darlehnsnehmer die Verpflichtung übernimmt, seine Rückzahlung 4 Wochen vor dem in Aussicht genommenen Zahlungstage anzukündigen, ohne solche Bindung zu 40 Prozent, wobei der Kurswert des Dollars höchstens mit 20 000 angenommen wird.

Steuertliche und sonstige Erleichterungen. Die Rückzahlung erfolgt ohne jeden Abzug. Die Hingabe der ausländischen Zahlungsmittel zum unmittelbaren Erwerb der Dollarschahanweisungen auf Grund einer Zeichnung ist von der Devisenumsatzsteuer befreit. Die selbstgezeichneten Dollarschahanweisungen können für die Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer mit demselben Werte eingeseht werden, mit dem die als Gegenwert hingegabene Devisen einzusehen sein würden. Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, die ihre gesetzlichen Reserven oder einen Teil davon in Dollarschahanweisungen anlegen und aus diesem Besitz Verluste infolge Rückganges des Dollarkurses erleiden, dürfen diesen Verlust vom gesetzlichen Reservereservefonds abschreiben. Dollarschahanweisungen werden als Sicherheit für Sollfreite angenommen.

Wettermitteilungen

Meist heiter, am Tage ziemlich mild, nachts kalt (Frost).

Rosener Produktenbörse am 16. März.

Weizen neu 34000—37000, Weizen neu in Labungen —, Roggen neu 30000—32000, Sommergerste 32000 Wintergerste — — — —, Hafer neu 24000 28000, Weizenmehl 70% 68000, Roggenmehl 75% 56000, Roggenmehl 85% 52000, Futtermehl II —, Roggenkleie inkl. 21000, Weizenkleie grob 21000, Maiskörner 49000, Maischrot 53000, Kartoffeln neu 2200 bis 2500.

Meißner Produktenbörse am 17. März.

Weizen 35500—37500*, Roggen 33000—35000*, Wintergerste — — —*, Sommergerste 28000—30000*, Hafer 25 000—30 000*, Raps, trocken 80 000**, Mais 48000**, Runkelrübe, alt 650 000—750 000**, Trockenmais 20000**, Weizenheu, sächs. 22000—24000*, Futtermehl, 18000*, Kleie 22000*, Kartoffeln 2300*. Stimmung: Ruhig. Die mit * bezeichneten Preise sind Erzeugerpreise, die mit ** Handelspreise.

Dresdner Produktenbörse am 16. März.

Ämtliche Notierungen Weizen 39000—41000, ruhig Roggen 36000—38000, ruhig, Sommergerste, sächsische 30000—32000, ruhig, Hafer, guter 31000 bis 33000, rubig, Raps 79000—82000, rubig, Mais, mixed 42000—44000, rubig, Runkelrübe 575 000—700 000, rubig, Trockenmais 20000—18000, rubig, Zuckerrüben 23 000 bis 28000, rubig, Weizenkleie 18000—20000, rubig, Roggenkleie 19000—21 000, rubig, Weizenmehl 64000—81000, rubig, Roggenmehl 59000—63000, rubig, Feinste Ware über Notiz.

